

Vereinsfreiheit

Eine rechtsdogmatische Untersuchung
der Grundfragen des Vereinsrechts

Johannes Bric

Springer Wien New York

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
A. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Vereinsfreiheit	
I. Die Kompetenzlage	1
II. Materiellrechtliche Grundlagen	7
1. Die verfassungsgesetzlichen Rechtsquellen	7
2. Die einfachen Gesetze	11
III. Der Begriff der Vereinsfreiheit	14
1. Die individuelle Vereinsfreiheit – Freiheit der Bildung, Mitgliedschaft und Tätigkeit	14
2. Die kollektive Vereinsfreiheit – Bestandsschutz und Tätigkeitsschutz	26
3. Die Garantie der organisatorischen Autonomie	30
4. Die Schutzfunktionen (Statusbezüge) der Vereinsfreiheit	34
5. Die Vereinsfreiheit als ein bloßes staatsgerichtetes Abwehrrecht?	37
IV. Der verfassungsrechtliche Begriff des Vereines und der Vereinigung	43
1. Der Begriff des Vereines im Art 12 StGG und im Pkt 3 des Beschlusses der Provisorischen Nationalversammlung aus 1918	43
2. Der Begriff der „association“ im Art 11 EMRK	49
V. Verfassungsrechtliche Grenzen der Vereinsfreiheit	54
1. Die Gesetzesvorbehalte im Art 12 StGG und im Art 11 EMRK – zur Verfassungsunmittelbarkeit des Vereinsrechts	54
2. Die Ausnahmeregelungen in den §§ 2 und 3 VereinsG	61
a) Grundsätze für eine verfassungskonforme Interpretation	61
b) Die Abgrenzung der wirtschaftlichen Vereine vom „ideellen“ Verein im Sinn des VereinsG	64
c) Die Problematik religiöser Vereine (Religiöse Vereinsfreiheit)	71
3. Besondere Verfassungsvorschriften gegen antidemokratische und diskriminierende Vereinigungen	79
B. Eine Analyse des Vereinsbegriffs	
I. Die Merkmale des Vereinsbegriffs	85
II. Die Freiwilligkeit – das demokratische Prinzip im Verein	89
III. Die Abgrenzung von Körperschaften öffentlichen Rechts	97
IV. Die Vereinigung von Personen (Verband)	105
V. Die verbandliche Organisation und die Rechtspersönlichkeit	110
VI. Die Dauerhaftigkeit von Organisation und Tätigkeit	120
VII. Der (erlaubte) Vereinszweck und die Vereinstätigkeiten	123
VIII. Der Vereinsname	126
IX. Der Vereinssitz	129
X. Gesamtbegriff und Beurteilung eines konkreten Sachverhalts	133
C. Die staatliche Vereinsaufsicht	
I. Der Regelungszweck des VereinsG – Der Kompetenztatbestand „Vereinsrecht“	143

	Seite
II. System und Mittel der Vereinsaufsicht	153
1. Materielles Recht	153
2. Behördenzuständigkeit und Verfahren	161
III. Das Vereinsbildungsverfahren und das Verfahren der Statutenänderung	165
1. Die Vorschriften des VereinsG (§§ 4–11) und Besonderheiten des Anzeigeverfahrens	165
2. Verfahrensrechtliche Probleme: Parteiengehör, Verbesserung und Entscheidungspflicht	172
3. Das Gründungssystem (Erwerb der Rechtspersönlichkeit)	180
IV. Die Untersagung der Vereinsbildung	188
1. Die gesetzliche Regelung	188
2. Die Untersagungsgründe nach § 6 Abs 1 1. Satz	189
a) „Gesetzwidrigkeit“ von Name, Zweck und Organisation	189
b) Gesetzwidrigkeit des Namens	192
c) Gesetzwidrigkeit des Zwecks	197
d) Gesetzwidrigkeit der Organisation	201
e) Die Voraussetzungen des Art 11 Abs 2 EMRK	203
f) Auslegung der Vereinsstatuten	206
3. Der Untersagungsgrund nach § 6 Abs 1 2. Satz (Grundrechtsmißbrauch)	212
V. Die behördliche Aufsicht über die Vereinstätigkeit. Aufsichtsbefugnisse im Vorfeld einer möglichen Vereinsauflösung	216
1. Versammlungsaufsicht	216
2. Verantwortlichkeit der Vereinsorgane	223
3. Androhung der behördlichen Vereinsauflösung („Verwarnung“)?	225
4. Feststellung des statutenmäßigen Wirkungskreises und „Auftrag“ zur Statutenänderung?	229
5. Verfügung der Einstellung der Vereinstätigkeit	231
VI. Die behördliche Vereinsauflösung	234
1. Gesetzliche Regelung und Zweck des Aufsichtsmittels	234
2. Die einzelnen Auflösungsstatbestände	238
a) Strafgesetzwidrigkeit des Vereinshandelns	238
b) Anmaßung staatlicher Autorität	241
c) Überschreitung des statutenmäßigen Wirkungskreises	245
d) Widerspruch zu den Bedingungen des rechtlichen Bestands	246
3. Die „Kann“-Regelung des § 24	250
a) Der Sinn der „Kann“-Vorschrift	250
b) Die Beurteilungskriterien und die Rechtsprechung	254
VII. Die rechtswidrige Nichtuntersagung der Vereinsbildung (Gründungsmängel im Vereinsrecht)	257
1. Die Problemlage	257
2. Die Rechtsprechung	260
a) Die Judikatur des VfGH	260
b) Die Judikatur des VwGH	263
c) Die Judikatur des OGH	264
3. Die Lehrmeinungen	266
a) Die öffentlich-rechtliche Lehre	266
b) Die zivilrechtliche Lehre	267
4. Problemanalyse und Lösungsansätze	268
a) Absolute Nichtigkeit der Vereinsbildung?	268

	Seite
b) Nichtigkeit gesetzwidriger Statutenbestimmungen?	270
c) Zur relativen Nichtigkeit des Vereines	272
d) Heilbarkeit des Mangels durch Verbesserung der Statuten	276
e) Anwendbarkeit der §§ 68 und 69 AVG?	279
VIII. Vereinsbehörde und Vereinsprivatrecht	281
1. Berührungspunkte zwischen öffentlichem und privatem Vereinsrecht und das Prinzip der Gewaltenteilung	281
2. Öffentlich-rechtliche Kontrolle der Vereinsstatuten als Privatrechtsakt	284
3. Prüfung der privatrechtlichen Gründungs- und Umbildungsakte?	287
a) Die Vereinsbildung	287
b) Statutenänderungen	289
c) Die Bestandsbescheinigung nach § 9 und die Auskunft über die vertretungsbefugten Mitglieder nach § 12 Abs 2 und 3	292
4. Vereinsstreitigkeiten vor der Vereinsbehörde?	295
IX. Rechtsfragen internationaler Vereine	300
1. Die Rechtspersönlichkeit internationaler Vereine	300
a) Internationales Privatrecht	300
b) Das Europäische Übereinkommen über die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit internationaler nichtstaatlicher Organisationen	303
2. Die staatliche Aufsicht über internationale Vereine	308
a) Anwendbarkeit des VereinsG auf internationale Vereine: Inländischer Sitz und selbständige verbandliche Organisation	308
b) Räumliche Reichweite der Vereinsaufsicht	312
c) Vereinsmitgliedschaft und Vereinsfreiheit von Ausländern	314
3. Das BG über die Einräumung von Privilegien an nichtstaatliche internationale Organisationen	317
4. Zum sonstigen Fremdenrecht internationaler Vereine unter besonderer Berücksichtigung des Europarechts	321
D. Die Stellung der Vereine im Staat aus der Sicht der Staatslehre	
I. Empirische Bestandsaufnahme der in Österreich bestehenden Vereine	327
1. Der Zweck der amtlichen Vereinsstatistik	327
2. Daten der jüngsten amtlichen Vereinsstatistik	329
II. Staat und Gesellschaft und die „Staatsnähe“ von Vereinen	333
1. Die Vereine im verfassungsrechtlichen Konzept der Dualität von Staat und Gesellschaft	333
2. Die Integration der Vereine (Verbände) in den Staat	336
3. Staatsaufgaben, Staatsorganisation und Vereinsfreiheit als Schranken für ein „Aufgehen“ der Vereine im Staat	343
Literaturnachweis	351
Sachwortverzeichnis	359